

WAHLNACHTBERICHT LUXEMBURG

ANALYSE DER EUROPAWAHLEN AM 25.5.2014

Von Nico Biver

Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden in Luxemburg erstmals nicht parallel zu den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung statt. 2013 war es zu vorgezogenen Neuwahlen gekommen, nachdem die luxemburgische Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP) Premierminister Jean-Claude Juncker von der Christlich-Sozialen Volkspartei (CSV) die Unterstützung entzogen hatte. Ursache für die Regierungskrise waren flagrante Gesetzesverletzungen des luxemburgischen Geheimdienstes, die angeblich ohne Wissen Junckers, dem die Kontrolle oblag, begangen wurden.

Beide Koalitionsparteien verloren bei den Neuwahlen im Oktober 2013 und fielen auf 34 bzw. 19 Prozent. Auch Grüne und die rechtsnationalistische Demokratische Reformistische Alternative (ADR) hatten Verluste zu verzeichnen. Großer Wahlsieger der Abgeordnetenversammlungswahlen waren die liberale Demokratische Partei (DP, Anstieg von 15 auf 19 Prozent) und der kleine Déi Lénk. Letztere setzte ihren stetigen Anstieg fort und erhöhte ihren Stimmenanteil um ein Drittel auf 4,5 Prozent und die Zahl ihrer Abgeordneten von 1 auf 2. Die Kommunistische Partei Luxemburgs verlor leicht und erzielte mit 1,5 Prozent kein Mandat. Neu dabei war die Piratenpartei, die auf 3 Prozent kam aber keinen Sitz gewann.

In der Folge bildeten DP, LSAP und Grüne eine Regierung ohne die CSV, die Partei, die seit 1926 mit der Unterbrechung einer liberal-sozialistischen Regierung 1974-1979 den Premierminister stellte. Die Wahlen zum Europäischen Parlament boten damit auch Gelegenheit zur Bewertung der neuen Regierung und der Opposition.

Wahlsystem

Luxemburg verfügt nur über sechs Abgeordnete für das Europäische Parlament. Sie werden nach dem Proporzsystem in einem einzigen Wahlkreis gewählt. Das bedeutet, dass Parteien etwa ein Sechstel der Stimmen gewinnen müssen, um ein Mandat zu erringen. Dies begünstigt eine „nützliche Stimmabgabe“ zugunsten derjenigen Parteien, die ein Mandat erringen können. Die Mandatsverteilung erfolgt nach der d'Hondt-Methode, die kleine Parteien benachteiligt.

In Luxemburg gilt Wahlpflicht (bis zum Alter von 75 Jahren). Die Unzufriedenheit mit den Parteien oder dem politischen System kann sich deshalb nicht in Wahlenthaltung ausdrücken, sondern in einer erhöhten Anzahl von weißen oder ungültigen Stimmzetteln. Nach einer Umfrage, die am Wahltag 2009 durchgeführt wurde, profitieren die Parteien an den beiden Rändern des politischen Spektrums von dieser Regelung. 80 Prozent aller Wähler gaben an, auch wählen zu gehen, wenn es keine Wahlpflicht gäbe. Aber nur 45 % der Wähler der KPL und 64 % von Déi Lénk würden sich ebenso entscheiden.

Besonderheit ist außerdem, dass jeder Wähler sechs Stimmen abgeben kann. Kreuzt er eine Liste an, vergibt er an jeden Kandidaten eine Stimme. Der Wähler kann die sechs Stimmen aber auch an einzelne Kandidaten auf einer oder auf mehreren Listen verteilen. Dabei darf er einem Kandidaten bis zu zwei Stimmen geben. Persönlichkeiten spielen deshalb bei der Wahlentscheidung eine starke Rolle.

Bemerkenswert ist in Luxemburg außerdem, dass die Mehrheit der Erwerbstätigen nicht an den Wahlen teilnimmt. Von den 365.000 abhängig Beschäftigten sind 44 Prozent Grenzgänger (aus Frankreich, Belgien, Deutschland), 27 Prozent Migranten und 29 Prozent Luxemburger. Die soziale Zusammensetzung der luxemburgischen Wählerschaft unterscheidet sich außerdem deutlich vom Rest der Bevölkerung. Aus den Ergebnissen der Volkszählung von 2011 geht hervor, dass die luxemburgischen Wähler im Durchschnitt älter sind als die Gesamtbevölkerung, ihre Arbeitslosenquote niedriger ist, ein viel höherer Anteil im öffentlichen Dienst arbeitet und Arbeiter unterrepräsentiert sind. Diese Situation wirkt sich negativ auf die Ergebnisse der linken Parteien aus und erhöht das Gewicht rechtsnationalistischer Listen, die kaum auf Zustimmung bei den Migranten stoßen.

Bei der EU-Wahl hätte die Meinung der Migranten (250.000 der 550.000 Einwohner) starkes Gewicht haben können, zumal fast 90 % von ihnen EU-Bürger sind. Aber von den knapp 180.000 Wahlberechtigten aus EU-Staaten haben sich nur 21.650 in die Wahllisten eintragen lassen. Wie viele in ihren Ursprungsländern gewählt haben, ist nicht bekannt.

Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung nahm im Vergleich zu 2009 ab, von 90,8 Prozent auf 85,6 Prozent. Anscheinend wurden die Möglichkeiten, sich von der Wahlpflicht befreien zu lassen, stärker genutzt als das 2009 bei der Doppelwahl der Fall war. Bemerkenswert ist auch, dass der hohe Anteil an weißen und ungültigen Stimmzetteln weiter gestiegen ist von 9,2 auf 9,9 Prozent.

	EU '09	Sitze	Parl. '13	EU '14	Sitze	2009/14	20013/14
CSV	31,36	3	34,02	37,75	3	6,39	3,73
LSAP	19,48	1	19,32	11,75	1	-7,73	-7,57
DP	18,66	1	18,99	14,77	1	-3,89	-4,22
Déi Gréng	16,83	1	10,30	15,01	1	-1,82	4,71
ADR	7,39		6,78	7,53		0,14	0,75
Déi Lénk	3,37		4,50	5,76		2,39	1,26
KPL	1,54		1,45	1,49		-0,05	0,04
Piraterpartei	-		2,96	4,23		4,23	1,27
PID ¹	-		1,69	1,82		1,82	0,13
Biergerléscht	1,38		-	-		-	-
Stimmzettel	90,76		91,32	85,55			
Leere und ungültige Stimmzettel	9,18		6,79	9,92			

¹) Partei für Integrativ Demokratie, Abspaltung der ADR

Ergebnisse der Parteien

Eindeutiger Wahlsieger ist die CSV, die fast 7 Prozent auf 38 Prozent zulegte und auch gegenüber der Abgeordnetenwahl 2013 dazu gewinnen konnte. Sie erzielte das beste Ergebnis bei einer EU-Wahl und kam wie 2009 auf drei Sitze. Sie dürfte von der Medienpräsenz Junckers - der allerdings nicht kandidierte - und auch von der Prominenz ihrer Spitzenkandidatin Viviane Reding, der Vize-Präsidentin der EU-Kommission, profitiert haben.

Wahlverlierer sind die drei Parteien der Regierungskoalition. Die LSAP stürzte um fast 8 Prozent auf 12 Prozent ab. Ihr verbleibt aber ebenso wie DP und Grüne, die leichtere Einbußen zu verzeichnen haben, jeweils ein Mandat.

Die kleinen Parteien gingen trotz Stimmengewinnen leer aus. Zu den Wahlgewinnern darf sich Déi Lénk zählen, die ihren Stimmenanteil fast verdoppelte und auch gegenüber 2013 nochmal zulegte.

Die ADR, die am rechten Flügel des politischen Spektrums steht und im EU-Parlament der konservativen Fraktion AECD angehört, konnte erstmals seit 1999 wieder Stimmen dazu gewinnen. 2009 und bei den Parlamentswahlen 2013 büßte sie aufgrund von Abspaltungen an ihrem linken Flügel Stimmen ein. Sie ist seitdem stärker nach rechts gerückt.

Die ADR, die mit der Losung „weniger Europa, mehr Luxemburg“ antrat, spricht sich gegen Einwanderung in das luxemburgische Sozialsystem, für den Schutz der luxemburgischen Identität und der luxemburgischen Sprache aus, die sie als eine weitere Amtssprache der EU durchsetzen will. Besonders engagiert sich die ADR gegen ein Wahlrecht der Migranten für die Abgeordnetenwahl, das von den Regierungsparteien (und von Déi Lénk) befürwortet aber von der CSV und der KPL abgelehnt wird. Jahrelang sprach sich auch eine Mehrheit der Luxemburger für dieses Wahlrecht aus. Waren im Sommer 2012 noch 59 Prozent der Befragten dafür, sank die Zahl im April 2014 aber auf 39 Prozent.

Ergebnisse der Linken

Stimmenanteile der radikalen Linken bei den EP-Wahlen in Luxemburg 1979-2014

Partei	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2014
Déi Lénk ¹	-	-	-	0,93	2,78	1,68	3,37	5,76
KPL	5,00	4,08	4,71	1,63	in Déi Lénk	1,17	1,54	1,49
LCR/RSP	0,51	0,38	0,61	-	-	-	-	-
PSI ²	-	2,56	-	-	-	-	-	-
GRAL ³	-	-	0,86	-	-	-	-	-

¹⁾ 1994: Nei Lénk, gegründet von einer KPL-Abspaltung und der Revolutionär-Sozialistischen Partei (RSP, vormals LCR); 1999: Déi Lénk als Bündnis von Néi Lénk und KPL; danach eigenständige Partei

²⁾ Parti Socialiste Indépendant, Linksabspaltung der LSAP

³⁾ Grün-Alternative Allianz

Déi Lénk konnte Ihr Ergebnis von 2009 fast verdoppeln und auch gegenüber der Parlamentswahl von 2013 weiter zulegen. Sie dürfte von der Ernüchterung über die neue Regierung profitiert haben, die die neoliberale Austeritätspolitik fortsetzt. Die Minister der Regierung haben in einer Umfrage vom April 2014 kräftig an Sympathien gegenüber Dezember 2013 eingebüßt, während der Abgeordnete von Déi Lénk Serge Urbany zulegen konnte. Dabei dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass anders als bei den Parlamentswahlen der angesehenste Politiker von Déi Lénk, der inzwischen 73jährige André Hofmann, kandidierte und viele persönliche Stimmen holte.

Déi Lénk trat mit einem sehr detaillierten Programm unter der Losung „Europa neu aufbauen“ an. „Weder der neoliberale Europäismus ... noch die nationalistische Abkapselung nützen den Interessen der Völker, und vor allem nicht denen der lohnabhängigen Bevölkerung. Es gilt eine andere Richtung einzuschlagen, um Europa wieder aufzubauen und zu vereinen, auf einem anderen Fundament als dem des Finanzkapitalismus.“

Die Kommunistische Partei Luxemburgs (KPL) stagnierte auf niedrigem Niveau. Sie hatte ein Kurzprogramm vorgelegt, das die EU für nicht reformierbar hält und deshalb die Auflösung der EU und die Abschaffung des Euro verlangt.

Zusammen haben beide Parteien mit 7,25 Prozent das beste Ergebnis der radikalen Linken seit Beginn der Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 erzielt. Neu im Rennen war die Piratepartei, die in der Wahrnehmung ihrer Wähler als links von LSAP und Grünen eingeschätzt wird. Sie konnte ihr Ergebnis bei der Kammerwahl verbessern und hat möglicherweise vor allem Grünen und Déi Lénk Stimmen abgenommen.